

# „Grundstücksbesitzer sind die Dummen“

BAUEXPO Teils hitzige Debatte um Straßenbeiträge / Politiker als „Räuber“ beschimpft / Finanzielle Belastung der Bürger als ungerecht empfunden

Von Eva Pfeiffer

**GIESSEN.** Wenn marode Straßen saniert werden müssen, wird das auch für die Anlieger teuer. Denn der Großteil der hessischen Städte und Gemeinden hat in Straßenbeitragsatzungen festgelegt, dass die Hauseigentümer einen Teil der Sanierungskosten übernehmen müssen. Mehrere Bürgerinitiativen, die sich zur Arbeitsgemeinschaft (AG) „Straßenbeitragsfreies Hessen“ zusammengeschlossen haben, kämpfen dagegen an. Denn es sei „ungerecht“, dass die Grundstückseigentümer zahlen müssten, die Straßen jedoch von der Allgemeinheit genutzt werden.

Im Rahmen der „BauExpo“ hatte die AG nun zusammen mit dem Verband „Wohn Eigentum Hessen“ zu einer Podiumsdiskussion in die Hessenhallen geladen – dabei ging es zeitweise ziemlich hitzig zu. Im nahezu voll besetzten Tagungsraum berichteten Zuhörer im Gespräch mit Moderator Klaus Pradella, dass ihnen bereits selbst ein Bescheid in den Briefkasten geflattert sei. Für ein lediglich als Weidefläche und Streuobstwiese genutztes Grundstück solle sie 36.000 Euro zahlen, beklagte eine Nordhessin. Als „fast straßenbar“ bezeichnete ein anderer Zuhörer die gängige Praxis, eine Dame beschimpfte anwesende Politiker als „Räuber“.



Müssen marode Straßen – wie zum Beispiel die Bitzenstraße in Lützellinden – saniert werden, bitten Kommunen meist auch die Anwohner zur Kasse. Das sorgt immer wieder für Ärger.

Archivfoto: Jung

## Es geht auch ohne

Doch es geht auch anders: Andreas Schulz, seit 25 Jahren Bürgermeister der Gemeinde Ebsdorfergrund, erklärte, wie seine Gemeinde als eine der wenigen ohne Straßenbeiträge auskommt. Bei der Sanierung packe jeder Bürger mit an, denn Steuern gebe es bereits genug. Wer selbst nicht pflastern könne, steuere zum

Beispiel Essen bei, am Ende wird gemeinsam ein Straßenfest gefeiert. „Das funktioniert seit 20 Jahren“, sagte der SPD-Politiker stolz.

Lothar Blaschke, Vorsitzender des Vereins Deutscher Wohnungseigentümer, gab zu bedenken, dass dies in größeren Städten nicht auf diese Art umsetzbar sei. Alternativen gebe es dennoch. Wiederkehrende Beiträge seien dagegen kei-

ne Lösung, sondern „Augenwischerei“. Es werde suggeriert, dass die Belastung geringer sei. „Ein Trugschluss“, so Blaschke. Tatsächlich würden die Kosten durch den hohen Verwaltungsaufwand sogar steigen.

Hermann Schaus (Die Linke) sagte, seine Partei teile die Ansicht der Bürgerinitiativen. Die Anlieger zahlten bereits die Erschließungsbeiträge – „das reicht“.

Auch wiederkehrende Beiträge müsse man abschaffen. Bei den Zuschauern rannte Schaus damit offene Türen ein. „Wir wollen gar nichts zahlen“, rief ein Mann, als das Thema auf alternative Finanzierungsmöglichkeiten kam.

Michael Schüßler (FDP) räumte ein, dass man wiederkehrende Beiträge für die bessere Option gehalten habe, die Erhebung aber komplizierter sei als ge-

dacht. Und das Ungerechtigkeitsempfinden bei den Bürgern bleibe. Man müsse daher den „Mut haben, auszusprechen, dass man sich mit der landespolitischen Entscheidung geirrt hat“. Tobias Eckert (SPD) sieht in der Streitfrage die hessische Regierung in der Verantwortung. „Das Land hat dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen mit den Finanzmitteln ausgestattet werden, die sie benötigen.“ Die finanzielle Belastung der Bürger müsse man „abschaffen, ohne den Kommunen den ‚Schwarzen Peter‘ zuzuschieben“.

## „Stumpfsinniges“ System

Auch wenn aktuell Bewegung in das Thema kommt, sei die Diskussion nicht neu, erinnerte Jürgen Frömmrich (Grüne). „Exorbitant hohe Beträge“ durch Einmalzahlungen müsse man verhindern, aber „am Ende wird es jemand bezahlen müssen“ – die Frage sei dann nur, wer. Dass Wiesbaden zukünftig die Kosten übernimmt, hält der Landtagsabgeordnete für unrealistisch: „So einfach, wie die Linke es will, läuft das nicht.“ Dem pflichtet auch Alexander Bauer (CDU) bei: „Glauben Sie nicht, dass das Geld in Wiesbaden auf den Bäumen wächst.“ Zudem führe eine Änderung zu weiteren Problemen, denn: „Was ist mit denen, die den Bescheid schon bekommen haben?“

Bei den Zuhörern stieß die Aussicht, dass sich an der Situation nichts ändern könnte, freilich auf wenig Gegenliebe. Das System sei „stumpfsinnig“ und ungerecht, kritisierte ein Anwesender und erhielt dafür reichlich Zuspruch. Es könne nicht sein, dass Bürger herangezogen werden, um öffentliches Eigentum in Stand zu setzen. Sein Fazit? „Die Grundstückbesitzer sind die Dummen.“

– Anzeige –

# „Aderlass“ beenden

STRASSENBEITRÄGE Experte gibt Anwohnern Tipps für Vorgehen

**GIESSEN-LÜTZELLINDEN** (rsc). „Ich bin mir sicher, 2022 wird es in Hessen keine Straßenausbaubeiträge mehr geben“. Nur bedingt beruhigte diese Aussage von Lothar Blaschke die 40 Lützellindener Anwohner der Bitzenstraße und der Straße Am Weiher bei ihrer Versammlung. Blaschke, Vorsitzender des Vereins „Stop Straßenausbaubeiträge in Deutschland“, kämpft für die Abschaffung der Umlage. Die Bürgermeister bedauert er: „Sie sind die armen Schweine. Setzen sie die Satzung des Landes nicht um, rückt ihnen die Kommunalaufsicht auf die Pelle.“

In größeren Städten wie Hamburg oder München gäbe es keine „Straßens“ mehr, so die inoffizielle Abkürzung für Straßenausbaubeiträge. Die in jedem Bundesland unterschiedlich gestrickten Landesgesetze monierte er. „Wir müssen weiter politischen Druck machen“, so Blaschke. „Es darf und wird nicht eher Ruhe in unserem Land geben, bis das Aderlassen der Grundstückseigentümer überall abgeschafft ist.“ In Hessen herrsche derzeit eine Flucht von Gemeinden in die wiederkehrenden Beiträge. Diese Variante lehnt er aber rigoros ab, weil sie „Betrug am Bürger“ sei. Zum einen wegen des „viel zu hohen Verwaltungsaufwands“, da alle Grundstücke einer Kommune gleichzeitig berechnet und beschieden werden müssten. Zum anderen sei die Bemessung problematisch.

Um den Anwohnern Ratschläge zu geben, war Blaschke ursprünglich nach Lützellinden gekommen. Dass eine Sanierung der beiden Straßen notwendig ist, sei wohl unbestritten: „Ich habe mir die Straße angeguckt.“ Auf die geplante prozentuale Umlagenhöhe der Ausbauposten ging er nicht ein. Als Einzelperson sich an die Verwaltung zu wenden, bringe jedoch nichts. Den nötigen Druck auszuüben, gehe nur gemeinsam als Gruppe. Blaschke schlug vor, einen Sprecherrat zu benennen.

Vor Ausbaubeginn sollten die Anwohner ihr Anwesen zur Straßenseite hin dokumentarisch fotografieren, um eventuelle Senkungsrisse im Mauerwerk vom Ausmaß her festzuhalten. Dann sollten sie die eigene Grundstücksfläche auf dem Katasteramt überprüfen und die gemeindeeigenen Arealen, auch die öffentlichen Parkplätze, feststellen. Diese Flächen dürften von der Kommune aus der Gesamtfläche nicht herausgerechnet werden. Beim endgültigen Bescheid nach Ende des Ausbaus habe der Anlieger einen Monat Zeit, „zu bleichen oder Widerspruch einzulegen“. Zu Letzterem benötige man meist Akten-einsicht. Dies sei in Hessen besonders kompliziert, denn nur hier benötige man einen Rechtsanwalt. Blaschke bezifferte die Kosten eines Musterverfahrens auf 15.000 Euro und schlug eine Prozessgemeinschaft vor.



Betroffene Lützellindener zeigen den Straßenausbaubeiträgen die Rote Karte. Foto: Schäfer

Deutsche Bank

## Was Anleger 2018 erwartet.



### Prognosen unserer Experten jetzt im Deutsche Bank Jahresausblick.

Konkrete Einschätzungen zu allen Anlageklassen und deren mögliches Potenzial erhalten Sie unter [deutsche-bank.de/jahresausblick](http://deutsche-bank.de/jahresausblick) oder in Ihrer Deutsche Bank Filiale.

Unter limitiertes Depot-Wechselangebot für Sie

Bis zu 7.500 €<sup>1</sup>

+



Nur bis 31. März 2018: ein neues Amazon Echo zusätzlich zur Depot-Wechselprämie erhalten und smart sein Zuhause steuern. Erfahren Sie mehr unter [deutsche-bank.de/depotwechsel](http://deutsche-bank.de/depotwechsel)

Sprechen Sie jetzt mit uns:  
Filiale Gießen, Marktplatz 4, 35390 Gießen,  
Telefon (0641) 3004-21, [alexander.rvinius@db.com](mailto:alexander.rvinius@db.com)

<sup>1</sup> Für den Übertrag von Depotvolumen von mind. 25.000 Euro auf ein Depot der Deutschen Bank erhalten Sie bis zum 31. Dezember 2018 eine Wechselprämie von 0,5 % des Volumens. Max. 7.500 Euro pro Kunde (unterliegt dem Steuerabzug). Über die genauen Teilnahmebedingungen informieren Sie unsere Wertpapierberater. Sie können diese auch unter [deutsche-bank.de/depotwechsel](http://deutsche-bank.de/depotwechsel) aufrufen.  
Anbieter: Deutsche Bank AG, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main und Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Theodor-Heuss-Allee 72, 60486 Frankfurt am Main.

